

DEUTSCHER BUNDESTAG

**Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**
15. WP

Ausschussdrucksache 15(15)122**

Öffentliche Anhörung

zur Novellierung der Verpackungsverordnung
(BT-Drucksache 15/1179)

Fragenkatalog

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und FDP

Fragen der SPD-Bundestagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ökologische Fragen:

- Zeigt das Pfand seit seiner Einführung bereits eine ökologische Lenkungswirkung hin zu Mehrwegsystemen?
- Kann die Novelle zur Stabilisierung oder sogar Zunahme der Mehrwegsysteme beitragen? Ist das Pfand ein geeignetes Mittel um den bisherigen Wettbewerbsvorteil ökologisch nachteiliger Getränkeverpackungen zu korrigieren?
- Ist die in der bisherigen Verordnung geltende Unterscheidung nach Getränkearten für die Pfandpflicht unter ökologischen und ökonomischen Kriterien sinnvoll?
- Unter welchen Voraussetzungen sind Einwegverpackungen mit Mehrwegsystemen gleichwertig?
- Gibt es zur Pfandregelung alternative Instrumente, um ökologisch vorteilhafte Verpackungen zu fördern? Welches Instrument ist das verbraucherfreundlichste?
- Verbessert das Pfand die Möglichkeit Verpackungen sortenrein zurückzunehmen und führt die dadurch ermöglichte hochwertige Verwertung zu einer Ressourceneinsparung?
- Wird das Pfand mehrheitlich von der Bevölkerung befürwortet?
- Ist das Pfand ein geeignetes Instrument, das Littering einzudämmen? Gibt es bei der Landschaftsvermüllung seit der Einführung – trotz der derzeit noch eingeschränkten Rückgabemöglichkeiten - bereits einen Rückgang (Veränderung)?
- Sind mit der Pfandpflicht auf Einwegverpackungen positive Erfahrungen in unseren europäischen Nachbarländern gemacht worden?

Ökonomische Fragen:

- In welchen Bereichen wird das Pfand dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern?
- Hätten die derzeitigen Absatzprobleme der Einwegindustrie dadurch abgefedert werden können, wenn rechtzeitig von der Industrie ein einheitliches Rücknahmesystem für Einwegverpackungen aufgebaut worden wäre?
- Wie hoch ist für die Getränkeindustrie die Einsparung an Lizenzgebühren, die nicht mehr an das Duale System Deutschland abgeführt werden müssen?
- Was passiert mit den nicht abgerufenen Pfandgeldern? Wie hoch ist der derzeit beim Handel entstehende Pfandschlupf durch nicht abgerufene Pfandgelder? Stehen diese Einnahmen nicht den Kosten für ein aufzubauendes Rücknahmesystem gegenüber? Wie kann sichergestellt werden, dass auch der zukünftige Pfandschlupf an die Verbraucher zurückgegeben wird?
- Ist eine Vereinheitlichung der Pfandpflicht auf alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen eine dem Verbraucher mehr Klarheit bringende Lösung?

- Wie hoch sind die zu erwartenden Erlöse für die sortenrein zurückgenommenen Verpackungsmaterialien?

Rechtliche Fragen:

- Schafft der Verzicht auf die Mehrwegquote als auslösendes Element für die Pfandpflicht zusätzliche Rechtsicherheit zur Investition in Rücknahmesysteme für Einwegverpackungen?
- Ist im Sinne des Verbrauchers nicht eine verbindliche Regelung zur Verwendung der nicht abgerufenen Pfandgelder nötig? Könnten diese Gelder gemeinnützig und transparent für Umweltschutzziele verwendet werden?
- Ist die geplante Novelle mit dem EU Recht vereinbar?
- Wie sind die von Teilen des Handels zugesagten Insellösungen (handelseigene Verpackungssysteme) EU-rechtlich einzuschätzen?
- Was ist zu erwarten, wenn die Novelle der Verpackungsverordnung nicht zu Stande kommt?
- Ist eine Innovationsklausel unbedingt erforderlich? Besteht die Möglichkeit, eine Innovationsklausel ohne Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes so zu gestalten, dass die parlamentarische Zuständigkeit gewährleistet bleibt?

Was ist vor dem Hintergrund der Einführung des Pflichtpfandes am 01.01.03 und der gebrochenen Zusage zum Aufbau eines einheitlichen Rücknahmesystems von freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie zu halten? Sind solche Selbstverpflichtungen tatsächlich ein geeignetes Mittel um notwendige Maßnahmen umzusetzen?

Fragen der Fraktion der CDU/CSU

Allgemein:

- Sind die Ziele der VerpV – Abfallvermeidung und hochwertige Verwertung – erreicht worden? Wenn ja: welchem Ziel dient dann die Pfandpflicht und deren Ausweitung und warum ist ein solches Ziel nicht gesetzlich verankert worden in der Novelle? Wenn nein: kann die Pfandpflicht dazu führen, die Ziele zu erreichen und wenn ja, wie?
- Wie sind Einweg und Mehrweg im Hinblick auf die Zielerreichung der VerpV sowie die Strategien Wiederverwendung und Recycling in Bezug auf die ökologischen Zielsetzungen zu beurteilen?
- Ist es unter ökologischen Gesichtspunkten zu rechtfertigen, dass eine großvolumige Flasche (über 1,5 l), die eigentlich umweltfreundlicher ist (Material im Verhältnis zur abgefüllten Menge, Transport, Recyclingaufwand) höher befandet wird als eine kleinere?
- Macht es aus ökologischer Sicht Sinn, auch Wasch- und Reinigungsmittel und Dispersionsfarbe grundsätzlich unter die Pfandpflicht zu nehmen?
- Sind Ökobilanzen grundsätzlich als Instrument für die Politik zur Beurteilung von Verpackungen sinnvoll und aussagekräftig genug? Wenn ja, warum?

Pfandsystem:

- Wie hoch wären die Gesamtkosten für ein bundeseinheitliches Pfandsystem gewesen? Wie hoch sind die Kosten für Insellösungen?
- Ist die Bundesregierung ihrer Verpflichtung aus Art 7 VerpRiLi nachgekommen, Maßnahmen zur Errichtung eines Systems zu treffen oder liegen hier Ursachen begründet, die zum Scheitern des Rücknahmesystems geführt haben (vgl. Beispiel Dänemark)?

Europäische Vorgaben:

- Steht nicht zu befürchten, dass aufgrund der jetzt geltenden Situation im Handel – Auslistung oder Insellösung – tatsächlich eine Maßnahme mit einfuhrbeschränkender Wirkung für Importeure und damit ein Verstoß gegen Art 28 EGV vorliegt?
- Kann eine Novelle zum jetzigen Zeitpunkt – kurz vor der Revision der Europäischen Verpackungsrichtlinien – bereits alle Vorgaben des Europäischen Rechts in deutsches Recht umsetzen? Wäre es unter Effizienzgesichtspunkten nicht sinnvoller, die endgültige Richtlinie der EU abzuwarten, um eine erneute Novellierung auszuschließen?
- In wie weit berücksichtigt die Novelle die Kritikpunkte der EU Kommissare Wallström und Bolkestein nicht nur im Hinblick auf die Übergangslösung sondern auch in Bezug auf die Verträglichkeit mit dem Binnenmarkt? Stellt der aktuelle Novellierungsentwurf ein Hindernis für den freien Warenverkehr im Sinne der Europäischen Union dar?

Auswirkungen auf Unternehmen und Handel:

- Wie hoch sind der Umsatzverlust/ Verlust an Arbeitsplätzen in der Einwegindustrie bzw. der Umsatzgewinn/ Zugewinn an Arbeitsplätzen in der Mehrwegindustrie derzeit und in Zukunft mit und ohne Novelle?
- Wie ist – mit Rücksicht auf die jüngsten Aussagen des Handels in Bezug auf ein einheitliches Rücknahmesystem – die Entwicklung der Getränkeindustrie und des Verpackungsmarktes einzuschätzen, wenn der jetzigen Novellierungsentwurf der Verpackungsverordnung in Kraft tritt?

Innovationen:

- In welchem Verfahren könnten Innovationen bei Verpackungen in Zukunft hinreichend berücksichtigt werden? Wie können neue Innovationsanreize für diejenigen geschaffen werden, die bereits einem Pfandsystem angeschlossen sind?
- Wie kann für die Zukunft gewährleistet werden, dass die zur Einteilung der Verpackung in „ökologisch vorteilhaft“ notwendigen Ökobilanzen des UBA immer die neuesten Erkenntnisse und den aktuellen technischen Fortschritt berücksichtigen, um unangemessene Benachteiligungen zu vermeiden? Wird sich die bisher doch sehr lange Verfahrensdauer in Zukunft beschleunigen lassen und wenn ja, wie?

Begriffsdefinitionen:

- Ist es notwendig der Novelle eine eindeutige Definition des Begriffes „ökologisch vorteilhafte Verpackungen“ hinzuzufügen? Ist dies überhaupt möglich oder handelt es sich um einen der Auslegung bedürftigen Rechtsbegriff? Wenn es möglich ist, wie kann der Begriff „ökologisch vorteilhaft“ definiert bzw. durch Kriterien greifbar eingegrenzt werden?

Mehrweg:

- Wie definieren Sie Mehrweg? In der Weinbranche werden Einwegflaschen inzwischen zu *mehrwegfähigen* Flaschen umdeklariert, um so der Lizenzierung für den Grünen Punkt zu entgehen.

Littering:

- Ist mit der Novellierung das Littering-Problem gelöst oder findet nicht vielmehr eine Verschiebung unter den Littering-Fraktionen statt?

Ausweitung der Pfandpflicht auf Fruchtsäfte:

- Mit dem vorliegenden Novellierungsentwurf zur VerpV würden die Frucht- und Gemüsesäfte erstmals von der Pfandpflicht betroffen. Welche Probleme kommt auf die betroffene Industrie zu und welche Übergangsfristen wären aus Sicht der Fruchtsaftindustrie notwendig, eine Umstellung vornehmen zu können?
- Ist ein kurzfristiger Systemwechsel von Einweg auf Mehrweg von der mittelständischen Getränkewirtschaft mit Blick auf den hohen Investitionsaufwand zu leisten?

Grenzhandel:

- Vor allem in grenznahen Gebieten sind Wettbewerbs- und Standortnachteile durch den höheren Verkaufspreis gegenüber den ausländischen Konkurrenten zu verzeichnen. Wie hoch sind die Umsatzrückgänge und Arbeitsplatzverluste zu beziffern?

Rücknahme und Verwertung:

- Mit welchen Rücklaufquoten rechnen Sie? Wie ist eine ökologisch hochwertige Verwertung der zurück genommenen Mengen sicher zu stellen? Was geschieht mit den zurück genommenen Mengen, die oberhalb der vorgeschriebenen Verwertungsquoten im Markt zur Verfügung stehen?
- Wer erstellt den Mengenstromnachweis und wie wird die Einhaltung der Verwertungsquoten kontrolliert?

Fragen der Fraktion der FDP

- Wie bewerten Sie die Einführung eines Modells handelbarer Einweglizenzen als konzeptionelle Alternative zur Pfandpflicht?
- Trifft es zu, dass das Zwangspfand auf Einweggebinde dazu führt, dass vergleichsweise geringer bepfandete Mehrweggebinde aus Glas in die Landschaft „entsorgt“ werden?
- Trifft es zu, dass der Mehrweganteil in Schweden, wo eine der deutschen Verpackungsverordnung vergleichbare Pfandpflicht für Einweggebinde schon seit mehr als 10 Jahren etabliert ist, nur rd. 40 Prozent beträgt, während der Mehrweganteil in Deutschland auch vor Einführung der Pfandpflicht weit höher lag?
- Halten Sie den vorliegenden Novellierungsentwurf für geeignet, zeitnah sicherzustellen, dass Verpackungen, die aufgrund technischer Innovationen beim Verpackungsmaterial oder beim Recycling ein verbessertes ökologisches Profil erlangen, von der Pfandpflicht ausgenommen werden?
- Ist der vorliegende Novellierungsentwurf aus Ihrer Sicht geeignet, um bei den Betroffenen dauerhaft Anreize zu setzen, technische Innovationen beim Verpackungsmaterial und Recycling im Sinne einer Weiterentwicklung ökologisch vorteilhafter Verfahren auch dann anzuregen, wenn diese bereits einem Pfandsystem angeschlossen sind?
- Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die jüngst diskutierte sogenannte „Innovationsklausel“ und wie bewerten Sie die Möglichkeiten, diese vollzugstauglich und justizabel zu formulieren?
- Wie kann der Begriff „ökologisch vorteilhaft“ sachgerecht definiert und durch geeignete Kriterien vollzugstauglich und justizabel formuliert werden?
- Wie bewerten Sie eine Verabschiedung des vorliegenden Verordnungsentwurfs zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts anhängiger bzw. angekündigter rechtlicher Auseinandersetzungen auch auf europäischer Ebene?
- Wie bewerten Sie die Einschätzung, dass aufgrund der gegenwärtigen Situation im Handel – Auslistung oder Insellösung – eine Maßnahme mit einfuhrbeschränkender Wirkung für Importeure und damit ein Verstoß gegen Art 28 EGV vorliegt?
- Wie sind die wettbewerblichen Auswirkungen sogenannter „Insellösungen“ großer Discounter bei der Pfandpflicht zu bewerten, angesichts des Sachverhalts, dass kleine und mittelständische Handelsunternehmen kaum über wirtschaftlich vertretbare Möglichkeit verfügen, eigene Pfandsysteme einzurichten und zu finanzieren?
- Kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Gewissheit ausgeschlossen werden, dass ein Vertragsverletzungsverfahren der EU mit Erfolg durchgeführt wird und wenn nein, ist es dann zu verantworten, dass im Falle einer Aufhebung der deutschen Regelung ruinöse Verhältnisse in bestimmten Marktbereichen bereits eingetreten und irreversibel sind?
- Wie wird sich der vorgesehene Novellierungsentwurf auf die Entwicklung von Umsätzen und Arbeitsplätzen im Saldo zwischen Mehrweg- und Einwegindustrie und auf die Wettbewerbssituation auswirken?
- Wie bewerten Sie die mit der Pfandpflicht verbundene Abkehr vom Prinzip der haushaltsnahen Sammlung von Verpackungen aus ökologischer Sicht?

- Wie ist der Sachverhalt zu bewerten, dass zahlreiche im Verordnungsentwurf vorgesehene Ausnahmeregelungen nach wie vor am Inhalt der betreffenden Verpackung, nicht jedoch an ökologischen Eigenschaften der betreffenden Verpackung selbst ansetzen?
- Wie bewerten Sie die Aussage des Umwelt-Sachverständigenrates in seinem Jahresgutachten 2002, wonach die Pfandpflicht eine zweifelhafte ökologische Effektivität aufweise und ökonomisch ineffizient sei?